

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Dirk Geilen

Regierungswechsel in Bihar - Gouverneur zurückgetreten

Die *Rashtriya Janata Dal* (RJD) von Laloo Prasad Yadav hat ihre Mehrheit bei den Parlamentswahlen an eine Koalition aus *Janata Dal* (United) in Bihar und *Bharatiya Janata Party* (BJP) verloren. Nitish Kumar von der *Janata Dal* (United) löst Rabri Devi, die Frau Laloos, als Ministerpräsident ab. Dem schillernden Politiker Laloo gelang es nicht mehr wie in der Vergangenheit, die Massen im zweitgrößten indischen Bundesland hinter sich zu versammeln. Offensichtlich wurde ihm die stagnierende Wirtschaftsentwicklung, die Bevorzugung von Mitgliedern seiner Kaste sowie die anhaltende Korruption des als äußerst rückständig geltenden Bundesstaats angelastet.

Die Neuwahl des Landesparlaments war nötig geworden, nachdem bei den Landtagswahlen im Februar 2005 keines der politischen Lager eine eindeutige Mehrheit erringen konnte. Über den Bundesstaat wurde daraufhin die sogenannte *President's Rule* verhängt, wobei das Parlament aufgelöst und der Unionsstaat dem Gouverneur der Zentralregierung unterstellt wird.

Das Oberste Gericht Indiens hat im nachhinein die Auflösung des Parlaments als rechtswidrig erklärt und letztlich den Gouverneur Buta Singh zum Rücktritt gezwungen. Dieser habe der damaligen Opposition nicht die nötige Zeit zur Regierungsbildung eingeräumt. Das Instrument der *President's Rule* steht seit langem in der Kritik, als politisches Werkzeug seitens der Unionsregierung missbraucht zu werden. Auch im Falle Buta Singhs könnten parteipolitische Überlegungen eine Rolle gespielt haben - er selbst ist Mitglied der in Delhi regierenden Kongresspartei.

Frankreich lenkt im Streit um die Verschrottung der „Clemenceau“ ein

Beim Streit um das Abwracken eines asbestbelasteten Flugzeugträgers auf dem weltgrößten Schiffsfriedhof Alang an der indischen Westküste hat die französische Regierung eingelenkt und das Schiff nach Frankreich zurückbeordert. Kurz zuvor hatte das oberste Verwaltungsgericht Frankreichs einem Antrag von Umweltschutzgruppen stattgegeben und die Verschrottung als nicht mit den europäischen Abfallgesetzen vereinbar angesehen. Die Entscheidung fiel unmittelbar vor dem anstehenden Indien-Besuch des französischen Präsidenten Jacques Chirac.

Nachdem das Schicksal des früheren französischen Kriegsschiffs „Clemenceau“ über Wochen unklar war, hatte Indiens Oberster Gerichtshof eine erneute Prüfung angekündigt, ob der asbestbelastete Flugzeugträger wie geplant in Alang an der indischen Westküste zerlegt werden darf. Bis dahin musste das Schiff außerhalb indischer Hoheitsgewässer bleiben.

Nach Angaben von Greenpeace sollen sich noch Hunderte von Tonnen Asbest auf dem Schiff befinden. Greenpeace geht davon aus, dass in Alang die Sicherheitsstandards zum Abwracken des Schiffes mit seinen gefährlichen Substanzen nicht annähernd erfüllt seien.

Im westindischen Gujarat hofften die Arbeiter bis zuletzt, trotz aller Gesundheitsrisiken, auf den Großauftrag. Sie befürchten, dass sie noch weitere Aufträge an ihre Konkurrenten in Bangladesch oder Pakistan verlieren könnten.

BJP erstmals an einer Regierung im Süden beteiligt

Nach dem Bruch der in Karnataka nur 20 Monate regierenden Koalition aus *Janata Dal* (Secular) und Kongresspartei wurde der Weg für die erste Regierungsbeteiligung der BJP in Südindien frei. Bislang war der Wählerzuspruch im Süden des Landes gegenüber der hindunationalen Politik der BJP eher verhalten. Die BJP erhofft sich von Karnataka ausgehend eine Signalwirkung, ihre nationale Wählerbasis auf ein breiteres Fundament zu stellen und somit auch eine bessere Ausgangslage für die nächsten Wahlen auf Unionsebene zu erlangen.

Neuer Ministerpräsident Karnatakas wird HD Kumaraswamy, ein Sohn des ehemaligen Premierministers HD Deve Gowda. Kumaraswamy selbst hatte die Spaltung seiner Partei *Janata Dal* (Secular) vorangetrieben. Vorausgegangen waren Kontroversen innerhalb der Partei zur Zukunft der Hauptstadt Bangalore. So kann die Infrastruktur schon lange nicht mehr mit der dynamischen Entwicklung der Metropole - vor allem ausgelöst durch den Boom in der Informatikbranche - mithalten. Sollten die Probleme im Infrastrukturbereich und bei öffentlichen Dienstleistungen, wie der seit langem geplante Bau des internationalen Flughafens, nicht realisiert werden, läuft Bangalore Gefahr, seine Standortvorteile gegenüber anderen nationalen wie internationalen Konkurrenten zu verlieren. Auch im sozialen Bereich steht die Stadt vor großen Herausforderungen. Nicht alle haben vom Boom der letzten Jahre profitiert. So stieg die Zahl der Slums und der Bewohner, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, besonders stark an.

... Im Überblick

Ungleichgewicht bei Geburten spitzt sich zu

In Indien werden aufgrund von Abtreibungen im Zuge der zunehmenden Verbreitung vorgeburtlicher Geschlechtsbestimmung deutlich mehr Jungen als Mädchen geboren. Die Studie geht von 500.000 geschlechtsspezifischen Abtreibungen pro Jahr aus. Möglicherweise liegt die Zahl aber noch weit höher. Nach Angaben der *Indian Medical Association* könnte die Zahl sogar bei fünf Millionen liegen.

Viele Familien werden durch die Kosten für Verheiratung und Mitgift von Töchtern in den finanziellen Ruin getrieben. Aufgrund der existierenden traditionellen Strukturen ist davon auszugehen, dass ein Jungenüberhang bereits seit langem besteht. Gründe hierfür sind in der Tötung von Mädchen nach der Geburt oder in ihrer Vernachlässigung während der Kindheit zu sehen. Hinzu kommt nun die Verbreitung der pränatalen Diagnostik. Diese macht sich nun nach der Oberschicht vor allem die aufstrebende Mittelschicht zu nutze und lässt unerwünschte weibliche Föten abtreiben.

Laut offiziellen Zahlen kamen gesamtindisch im Jahr 2001 auf 1.000 Geburten von Jungen 927 Mädchen. Am dramatischsten stellt sich die Situation vor allem in den prosperierenden Bundesstaaten wie Punjab und Haryana da. Hier beträgt das Verhältnis bei den Geburten 1.000 : 800. Die Abtreibung von Föten aufgrund des Geschlechts ist in Indien

seit 1994 verboten, aber nur schwer zu kontrollieren. Bislang wurden noch in keinem Fall rechtliche Schritte eingeleitet. In naher Zukunft wird der Mangel an Frauen gravierende gesellschaftliche Folgewirkungen für den indischen Heiratsmarkt nach sich ziehen.

Korruptionsskandale belasten Vertrauen in die Politik

Im Dezember 2005 wurden elf Parlamentarier wegen der Annahme von Schmiergeldern vom Parlamentsbetrieb ausgeschlossen. Journalisten konnten mit Videoaufnahmen nachweisen, dass sich die Politiker für das gezielte Stellen von Fragen im indischen Unterhaus, der *Lok Sabha*, von Lobbyisten bezahlen ließen. Dafür erhielten sie als Gegenleistung Geldbeträge zwischen 300 und 2.400 Dollar. Bis auf die kommunistischen Parteien waren alle großen im Parlament vertretenen Parteien beteiligt. Sechs der elf überführten Abgeordneten gehörten der BJP an.

Im Jahr 2001 wurde Indien durch einen ähnlichen Skandal erschüttert, als es Journalisten gelang, ein illegales Waffengeschäft von Politikern, Bürokraten und Militärs zu dokumentieren. Die Schmiergeldzahlungen hatten seinerzeit den Rücktritt des damaligen BJP-Präsidenten sowie des Verteidigungsministers zur Folge.

Gleichzeitig steht auch die Regierungspartei unter Druck, nachdem Außenminister und Kongresspolitiker Natwar

Singh bereits wegen Korruptionsvorwürfen zurückgetreten ist. Singh wird vorgeworfen, persönliche Vorteile aus dem in den neunziger Jahren von den Vereinten Nationen aufgelegten *Oil-for-Food-Programms* für den Irak gezogen zu haben. Ausgelöst wurde die Affäre durch die Veröffentlichung des „Volcker-Reports“ der Vereinten Nationen, der mehr als 2.000 Firmen und Einzelpersonen als illegale Nutznießer des Programms benennt. Trotz Demission des Außenministers lässt die Opposition nicht locker.

Proteste gegen Mohammed-Karikaturen

Auch in Indien ist es zu Protestkundgebungen gegen die in einer dänischen Zeitung erschienenen umstrittenen Mohammed-Karikaturen gekommen. Vor allem nach den traditionellen Freitagsgelbeten gingen Anfang Februar Tausende von Menschen im ganzen Land auf die Straße. Die Proteste blieben überwiegend friedlich.

In Bhopal versammelten sich rund 10.000 Muslime, um während eines Schweigemarschs das Ende aller anti-islamischen Aktivitäten zu fordern. Im von Indien verwalteten Teil Kaschmirs legte ein Generalstreik das öffentliche Leben lahm. Zum Streik hatten separatistische und religiöse Gruppen der mehrheitlich von Muslimen bewohnten Region aufgerufen.

Rajnath Singh neuer BJP-Präsident

te. Advani führte in den 90ern die Ayodhya-Kampagne, die im Abriss der Babri Moschee und in Ausschreitungen gegen die muslimische Minderheit des Landes gipfelte.

Mit dem Abtreten des 77-Jährigen ist somit in der BJP endgültig der Generationenkonflikt eingeleitet, nachdem auch der ehemalige Premierminister Atal Behari Vajpayee seinen Rückzug aus der Politik bekanntgab. Gleichzeitig ist der

Richtungsstreit zwischen Gemäßigten und Radikalen in der Partei voll entbrannt. Der mächtige Dachverband der Hindu-nationalen (RSS), der auch Advanis Rückzug forderte, stellt sich dabei gegen den von Ex-Premier Vajpayee vertretenen eher liberalen Kurs. Mit Singh an der Spitze der Partei erhofft sich der RSS wieder eine stärkere Betonung hindunationaler Politik.